

Anlage Nr. 1  
zur Drucksache 031/15

**STADT OFFENBURG  
BEBAUUNGSPLAN  
"SEITENPFADEN"**

## **Im Seitenpfaden**

Das Offenburger Neubaugebiet „Seitenpfaden“ südlich der Fessenbacher Straße erstreckt sich über die heutigen Gewanne „Im Seitenpfaden“ im Osten, „Am steinernen Kasten“ im Westen, „Im Roßgarten“ im Süden und in Teilbereichen „An der Hohl-gasse“ im Südwesten. Die Berücksichtigung von Gewannnamen bei der Vergabe von Straßennamen kann und soll zum Geschichtsbewusstsein in einem Ort beitragen.

Da das Baugebiet die Bezeichnung „Seitenpfaden“ trägt, wird vorgeschlagen die dominierende Ost-West-Erschließungsachse innerhalb des Baugebietes mit „Im Seitenpfaden“ zu benennen.

Nicht unerwähnt darf bleiben, dass die beiden Gewanne „ Im Seitenpfaden“ und „im Roßgarten“ bis in die 1930er Jahre die Namen „Im Seidenfaden“ und „Im Rosengarten“ getragen haben.

### **Zum Hintergrund**

Im ersten Gemarkungsatlas für die Stadt Offenburg wurde 1860 der bereits im Güterverzeichnis von 1808 verzeichnete Gewannname „Im Seidenfaden“ amtlich als Gewannname festgelegt. Nach der Katasterneuvermessung in den 1930er Jahren wurde im Lagerbuch der Stadt eine Veränderung hin zum heutigen Gewannnamen „Im Seitenpfaden“ vorgenommen. Die Veränderung ist deutlich im Planwerk zu erkennen.

Recherchen haben ergeben, dass seit dem 16. Jahrhundert in Offenburg der Gewannname „Seidenfaden“ geläufig war, beispielsweise in der Schreibweise „syden faden“. Für die ursprüngliche Bezeichnung „Seidenfaden“ bieten sich zwei Erklärungen an.

1. Die Verwendung eines Seidenfadens stand früher als Rechtsbrauch im übertragenen Sinn für das Sperren bzw. Bannen von Flurstücken; als gesonderter Bezirk war er vom Umland abgegrenzt. Entsprechend einer Fundstelle in den Hinterlassenschaftsakten mag es sich ehemals um eine Viehweide gehandelt haben.
2. Viele Gewannnamen beziehen sich auf einen alten Familiennamen. So kann der Beruf des Seidennähers zu den Berufsübernamen „Seidenfaden“ geführt haben. In Südwestdeutschland und im sprachlichen Umkreis ist dieser Name seit dem 14. Jahrhundert belegt.

Auch wenn bis zur Katasterneuvermessung *in den Jahren 1935 – 1937* der Gewannname „Im Seidenfaden“ gebräuchlich war, wird bei der Straßenneubenennung vorgeschlagen, den heute amtlichen und seit über 80 Jahren verwendeten Gewannnamen „Im Seitenpfaden“ als Grundlage zu nehmen.

*Darüber hinaus wurde die Gewannbenennung „Im Seitenpfaden“ mit Beschluss des Gemeinderates (Drucksache Nr. 298/69) vom 24. November 1969 bestätigt und beibehalten.*

Texte aus: <http://www.parlamentarischerrat.de/mitglieder>

**Frieda Nadig**  
**1897 (Herford) – 1970 (Bad Oeynhausen)**

Frieda (Friederike) Nadig wächst in einem sozialdemokratisch geprägten Elternhaus auf. Nach dem Besuch der Volksschule von 1912 - 1914 kaufmännische Lehre beim Konsum, danach dort acht Jahre als Verkäuferin tätig. Bereits früh engagiert sie sich politisch: 1913 Eintritt in die Sozialistische Arbeiterjugend, seit 1914 Mitgliedschaft in der Sozialistischen Angestelltengewerkschaft, Frühjahr 1916 Eintritt in den SPD-Ortsverein Herford. Seit Herbst 1920 Ausbildung an der Sozialen Frauenschule in Berlin-Schöneberg. Sommer 1922 Staatsexamen als Wohlfahrtspflegerin mit dem Schwerpunkt Jugendwohlfahrt. Im Anschluss beim Jugendamt Bielefeld als selbstständige Jugendfürsorgerin tätig. 1930 - 1933 Mitglied des Westfälischen Provinziallandtags.

Im Mai 1933 fristlose Entlassung aus dem Öffentlichen Dienst der Stadt Bielefeld aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Seit Anfang 1936 Gesundheitspflegerin beim Staatlichen Gesundheitsamt des Kreises Ahrweiler.

1946 - 1966 Geschäftsführerin der Arbeiterwohlfahrt Ostwestfalen (Bielefeld). Wesentlich beteiligt am Wiederaufbau des Bielefelder SPD-Ortsverbands und der SPD-Bezirksorganisation Ostwestfalen. 1946 - 1948 Mitglied des Zonenbeirats. 1947 - 1950 Mitglied des Nordrhein-Westfälischen Landtags. In beiden Institutionen ist ihr Schwerpunkt die Sozialpolitik. 1949 - 1961 Mitglied des Deutschen Bundestags, u.a. Mitglied im Ausschuss für Rechtswesen und Verfassungsrecht bzw. im Rechtsausschuss. Hier tritt sie vor allem für ein zeitgemäßes Familienrecht, die Gleichstellung unehelicher Kinder, Mutter- und Jugendschutz sowie den Ausbau der rechtlichen Grundlagen der Sozialordnung ein.

Im Sommer 1948 wird (Friederike) Frieda Nadig vom Nordrhein-Westfälischen Landtag in den Parlamentarischen Rat gewählt. Hier wirkt sie als Mitglied im Ausschuss für Grundsatzfragen. Ihre Aufmerksamkeit gilt in erster Linie verfassungspolitischen Fragen, die den Alltag eines jeden bestimmen. Sie setzt sich für Gleichberechtigung von Mann und Frau ein, insbesondere für die Lohngleichheit und die rechtliche Gleichstellung von unehelichen und ehelichen Kindern. Zudem zählt sie zu den aktivsten Befürwortern des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung.

**Helene Weber**  
**1881 (Elberfeld) - 1962 (Bonn)**

1900 - 1905 ist Helene Weber als Volksschullehrerin im konfessionellen Schuldienst tätig. Nach einem Hochschulstudium von 1909 - 1916 im Höheren Schuldienst in Bochum und Köln. Seit 1909 Tätigkeit in der Sozialarbeit. 1914 Gründerin der Kriegszentrale für Heimarbeit in Köln, 1916 Übernahme der Leitung der Sozialen Frauenschule, zunächst in Köln, später in Aachen. Mitbegründerin und Vorsitzende des Vereins Katholischer Sozialbeamtinnen, letzteres bis zum Lebensende. 1921 - 1930 Schriftleiterin der „Sozialen Berufsarbeit“. Als Mitglied der Zentrumsparterie für diese 1919 - 1920 in der Weimarer Nationalversammlung, 1921 - 1924 im Preußischen Landtag und 1924 - 1933 im Deutschen Reichstag, seit 1927 im

Vorstand der Reichstagsfraktion. Zahlreiche zusätzliche Verbands- und Parteifunktionen, u.a. seit 1925 Mitglied des Parteivorstands und Vorsitzende des Reichsfrauenbeirats der Zentrumspartei. Beruflich 1919 - 1932 im preußischen Wohlfahrtsministerium, ab 1920 als Ministerialrätin, 1932 - 1933 im preußischen Kultusministerium. Haupthandlungsfelder: Wohlfahrtspflege und Fürsorge, speziell im Bereich beruflicher Frauenbildung, Jugendwohlfahrt und Familie.

1933 stimmt sie trotz schwerer Bedenken mit der Fraktionsmehrheit im Reichstag für das „Ermächtigungsgesetz“, gleichwohl Entlassung aus dem Öffentlichen Dienst. Nach der Entlassung Konzentration auf den Bereich katholischer Verbandsarbeit, so u.a. als Vorsitzende des Berufsverbands katholischer Fürsorgerinnen (später Hedwigsbund). 1943 Umzug von Berlin nach Marburg an der Lahn.

Nach Kriegsende Übersiedlung nach Essen, dort Wiederausweitung der katholischen Verbandsarbeit, u.a. neben dem Vorsitz im Berufsverband katholischer Erzieherinnen im Katholischen Deutschen Frauenbund. Tritt der CDU bei. Mitbegründerin und Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Frauen der CDU/CSU. 1946 Mitglied des ersten ernannten Landtags von Nordrhein-Westfalen, ab 1947 des Zonenbeirats der britischen Zone. Helene Weber gilt in der nachfolgenden Bundesrepublik als „einflussreichste Frau der Union“: 1949 - 1962 Mitglied des Deutschen Bundestags, seit 1950 in der Beratenden Versammlung des Europarats, seit 1955 in der Versammlung der Westeuropäischen Union. 1950 - 1958 Vorstandsmitglied der Internationalen Liga der Katholischen Frauenverbände. Seit 1952 Vorsitzende im Kuratorium des Deutschen Müttergenesungswerks.

Die vom Nordrhein-Westfälischen Landtag in den Parlamentarischen Rat entsandte Abgeordnete Helene Weber ist die einzige Frau innerhalb der CDU/CSU-Fraktion. Mit Wilhelm Heile (DP) und Paul Löbe (SPD) zählt sie zu den drei Mitgliedern, die bereits der Weimarer Nationalversammlung angehört haben. Im Parlamentarischen Rat gehört sie als Schriftführerin dem Präsidium an. Wie schon 1919, so widmet sie sich auch nun als Mitglied des Ausschusses für Grundsatzfragen den Angelegenheiten der Kulturpolitik, der Ehe und Familie sowie der Gleichberechtigung der Geschlechter. Neben Adolf Süsterhenn (CDU) tritt sie in diesem Ausschuss als kulturpolitische Sprecherin der Union auf. So pflegt sie auch enge Kontakte zu den Vertretern der katholischen Kirche, wie z.B. zu Prälat Wilhelm Böhler, dem Beauftragten von Joseph Kardinal Frings, Erzbischof von Köln und Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz, beim Parlamentarischen Rat. Ihr Grundrechtsverständnis gründet sich auf die Prinzipien des christlichen Naturrechts. So tritt sie entschieden für die Verankerung des Elternrechts im Grundgesetz ein. In Fragen der Gleichberechtigung wird sie vom tradierten Bild einer patriarchalischen Familienstruktur bestimmt, so dass sie „bei Anerkennung der staatsbürgerlichen und der Lohngleichheit“ einer vollen Gleichstellung der Frau im Ehe- und Familienrecht mit Zurückhaltung begegnet. Dennoch unterstützt sie am Ende die von Elisabeth Selbert (SPD) beförderte Initiative auf weitergehende formale Gleichstellung der Geschlechter (Art. 3 Abs. II GG).

### **Helene Wessel 1898 (Dortmund)-1969 (Bonn)**

Nach einer kaufmännischen Ausbildung arbeitet Helene Wessel von 1913 - 1915 als Stenotypistin. Seit 1915 Parteisekretärin der Zentrumspartei in Dortmund. Zunächst

stark in der Jugend- und Frauenarbeit tätig, ab 1922 Vorsitzende des Landesverbands der Parteijugendorganisation (Windthorstbund), 1923/24 zusätzlich Ausbildung zur Jugend- und Wohlfahrtspflegerin. Ab 1925 Mitglied des Reichsvorstands der Zentrumspartei. 1928 - 1933 Abgeordnete des Preußischen Landtags, hier sozialpolitische Sprecherin und Repräsentantin des linken Parteiflügels. 1929 - 1930 Zusatzqualifikation zur Diplomwohlfahrtspflegerin in Berlin.

Zählt im Mai 1933 zu den drei Abgeordneten ihrer Fraktion, die im Landtag dem preußischen „Ermächtigungsgesetz“ ihre Zustimmung verweigern, wobei sie als einzige von den Dreien in der Sitzung anwesend ist. In der Folgezeit zunächst ohne dauerhafte Beschäftigung, ab Frühjahr 1939 Tätigkeit im katholischen Fürsorgewesen.

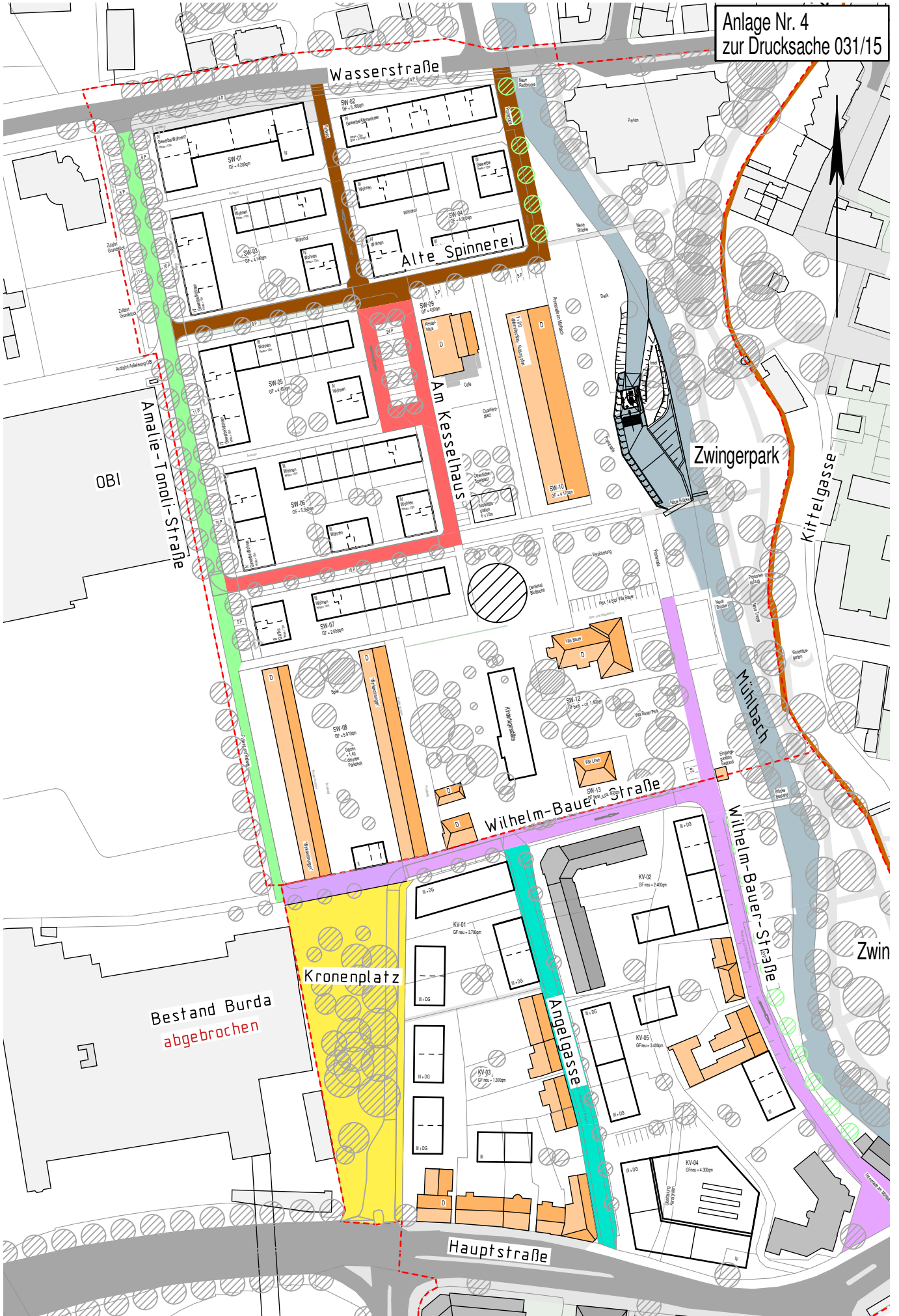
Unmittelbar nach Kriegsende maßgeblich an der Wiederbelebung der Zentrumspartei beteiligt, im März 1946 zur Mitvorsitzenden gewählt. 1946 Mitglied des Beratenden Westfälischen Provinzialrats, 1946 - 1950 Abgeordnete des Nordrhein-Westfälischen Landtags, 1947/48 Mitglied des Zonenbeirats der britischen Zone.

Im Sommer 1948 wird Helene Wessel vom Landtag von Nordrhein-Westfalen zusammen mit Johannes Brockmann für die Zentrumspartei in den Parlamentarischen Rat gewählt. Sie ist Schriftführerin, Mitglied im Ausschuss für Zuständigkeitsabgrenzung und im Geschäftsordnungsausschuss, nimmt aber auch an den Sitzungen anderer Ausschüsse teil, sofern spezifische Interessen der Zentrumspartei berührt werden. Als Grundlage dient ihr u.a. ein von Carl Spiecker unter ihrer Mitwirkung entworfenes verfassungspolitisches Programm. Bei den Grundrechten möchte sie vor allem das Elternrecht im Sinne der Grundvorstellungen der katholischen Kirche verankert wissen. Zudem tritt sie für eine starke sozialstaatliche Ausrichtung des Grundgesetzes ein. In der Wahlrechtsfrage fordert sie ein reines Verhältniswahlssystem und propagiert die Aufnahme von Volksbegehren und Volksentscheid. Die Einflussmöglichkeiten der Parteien auf die Mandatsträger möchte sie durch rechtliche Vorkehrungen begrenzen, um deren Gewissensfreiheit zu sichern. Ihre Vorstellungen zu Ehe und Familie sind traditionell bestimmt. Ihre sozialpolitische Haltung gegenüber sogenannten „Asozialen“, wie sie dies in der 1934 veröffentlichten Arbeit "Bewahrung statt Verwahrlosung" veröffentlicht, führt in jüngerer Zeit zu einer Forschungskontroverse. Die Initiative zur Gleichberechtigung der Geschlechter überlässt sie den beiden weiblichen SPD-Abgeordneten Elisabeth Selbert und Friederike Nadig. Die ihrer Auffassung nach unzureichende Berücksichtigung christlicher Wertvorstellungen und das Fehlen betont sozialstaatlicher Grundrechte veranlassen sie, das Grundgesetz bei der Schlussabstimmung vom 8. Mai 1949 abzulehnen.

1949 - 1953 Mitglied des Deutschen Bundestags, hier Vorsitzende der Zentrumsfraktion sowie später der mit der Bayernpartei gebildeten Föderalistischen Union (bis Anfang 1952). 1951 zusammen mit Gustav Heinemann Gründerin der außerparlamentarischen Notgemeinschaft für den Frieden Europas, Ende 1952 nach dem Ausscheiden aus der Fraktion gemeinsame Gründung der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP). In der Folgezeit wegen der Ablehnung der Wiederbewaffnung einer massiven Kampagne seitens eines Großteils der Medien ausgesetzt. Weigerung ihrer Kirche auf Weiterbeschäftigung in der katholischen Fürsorge. Tätigkeit als Sachbearbeiterin bei der DGB-Bezirksleitung Düsseldorf. Nach der Selbstauflösung der GVP im Frühjahr 1957 Eintritt in die SPD. 1957 - 1969 erneut Mitglied des Deutschen Bundestags, nunmehr für die SPD, Hauptbetätigungsfeld: Sozialpolitik.



Anlage Nr. 4  
zur Drucksache 031/15



## **Amalie Tonoli**

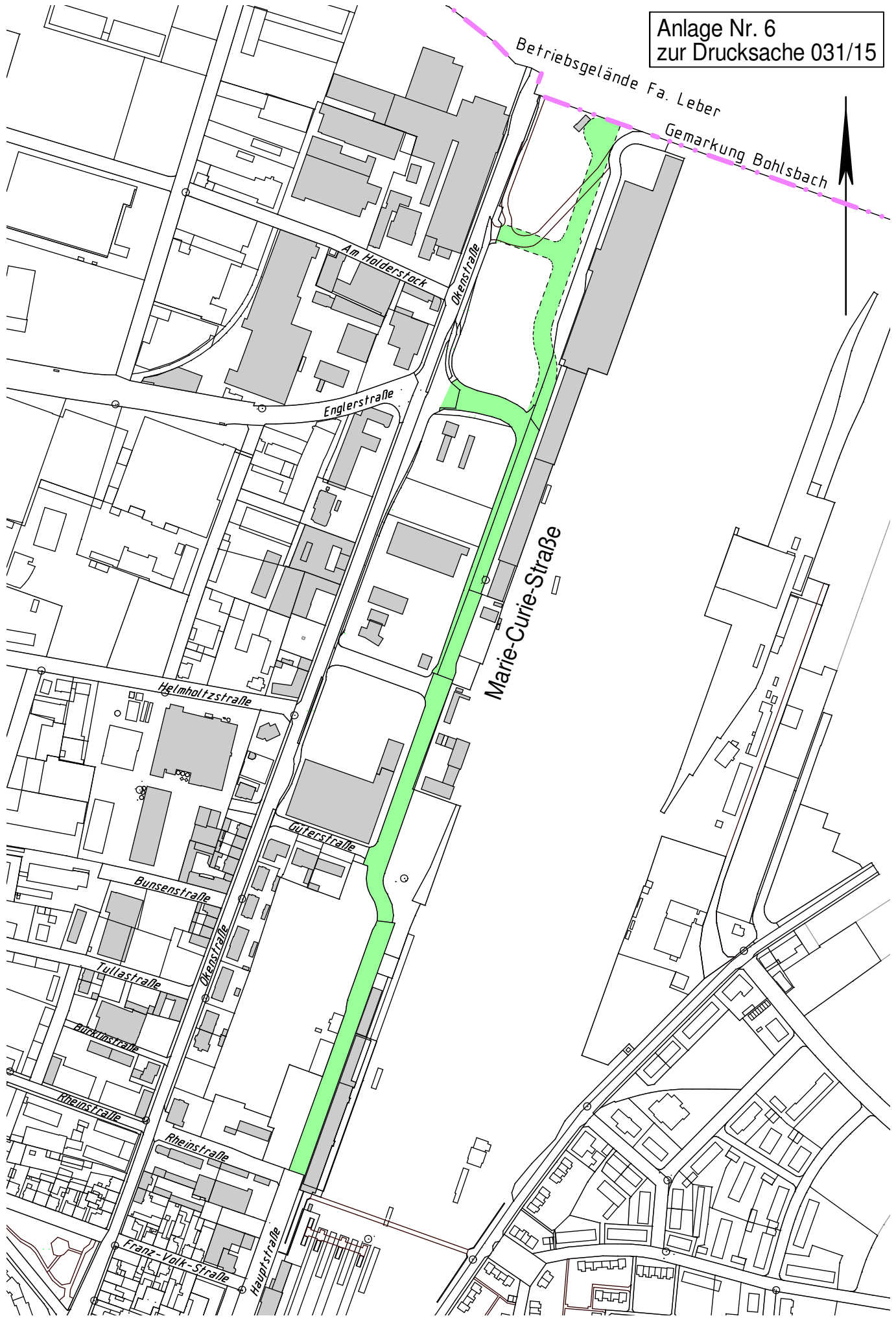
1883 – 1974

Amalie Anna Tonolis Großeltern waren italienische Migranten, die sich um 1800 in Offenburg beruflich niedergelassen hatten. Am 9. November 1883 wurde sie zusammen mit ihrer Zwillingschwester Johanna als Tochter des Kaufmanns Johann Tonoli und seiner Frau Edmund in Offenburg geboren. Amalie Tonoli erhielt die damals für Mädchen höchstmögliche Schulausbildung: Nach drei Jahren Volksschule besuchte sie sieben Jahre lang die Höhere Mädchenschule und ließ sich anschließend in der „Lehr- und Erziehungsanstalt“ des Klosters Unserer Lieben Frau zur Lehrerin ausbilden. Nachdem sie drei Jahre lang in Malsch und Durbach unterrichtet hatte, kehrte sie 1906 nach Offenburg zurück und trat in der Mädchenabteilung der Volksschule zunächst ihren Dienst als Unterlehrerin an, drei Jahre später wurde sie zur Hauptlehrerin befördert. 1925 übernahm Amalie Tonoli den Bezirksvorsitz des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen, wo sie sich vorher als Mitglied seit fast 20 Jahren engagiert hatte. In dieser Funktion setzte sie sich immer wieder auch gegen die Diskriminierung berufstätiger Frauen im Lehrerberuf ein. Seit 1919, der ersten Kommunalwahl nach Einführung des aktiven wie passiven Wahlrechts für Frauen, saß Amalie Tonoli für die Zentrumsparlei neben sechs weiteren Frauen bis zur Gleichschaltung 1933 im städtischen Bürgerausschuss. Hier ergriff sie immer das Wort, wenn es um die städtische Schulpolitik oder den Schutz der Jugend ging. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sie auch Mitglied der Kommission für Armenwesen und Jugendfürsorge wurde. Amalie Tonoli setzte sich bereits 1930 mutig gegen die nationalsozialistische Gefahr ein und beteiligte sich aktiv als politische Rednerin im Kreis Offenburg. In ihrer politischen Haltung blieb sie während des Dritten Reiches standhaft. Sie weigerte sich, den rechten Arm zum „Hitlergruß“ zu heben und ihre Schützlinge das „Horst-Wessel-Lied“ singen zu lassen. Sie wurde bespitzelt und in der Presse verleumdet. Schließlich versetzte die Schulbehörde Amalie Tonoli zwangsweise nach Haßmersheim bei Mosbach, einem stark von der nationalsozialistischen Doktrin durchdrungenem Bauerndorf. Nach Kriegsende nahm Amalie Tonoli in Offenburg den Dienst an der Volksschule wieder auf. Nach ihrer Versetzung in den Ruhestand 1949 engagierte sie sich in der katholischen Gemeinde und im Missionswerk „St.-Petrus-Claver-Solidarität, vor allem in der Fürsorge, wo sie unzählige Kranke und Notleidende persönlich betreute. 1974 verstarb Amalie Tonoli im Altenheim des Marienhauses.

Anlage Nr. 6  
zur Drucksache 031/15

Betriebsgelände Fa. Leber

Gemarkung Bohlsbach





## **Marie Curie**

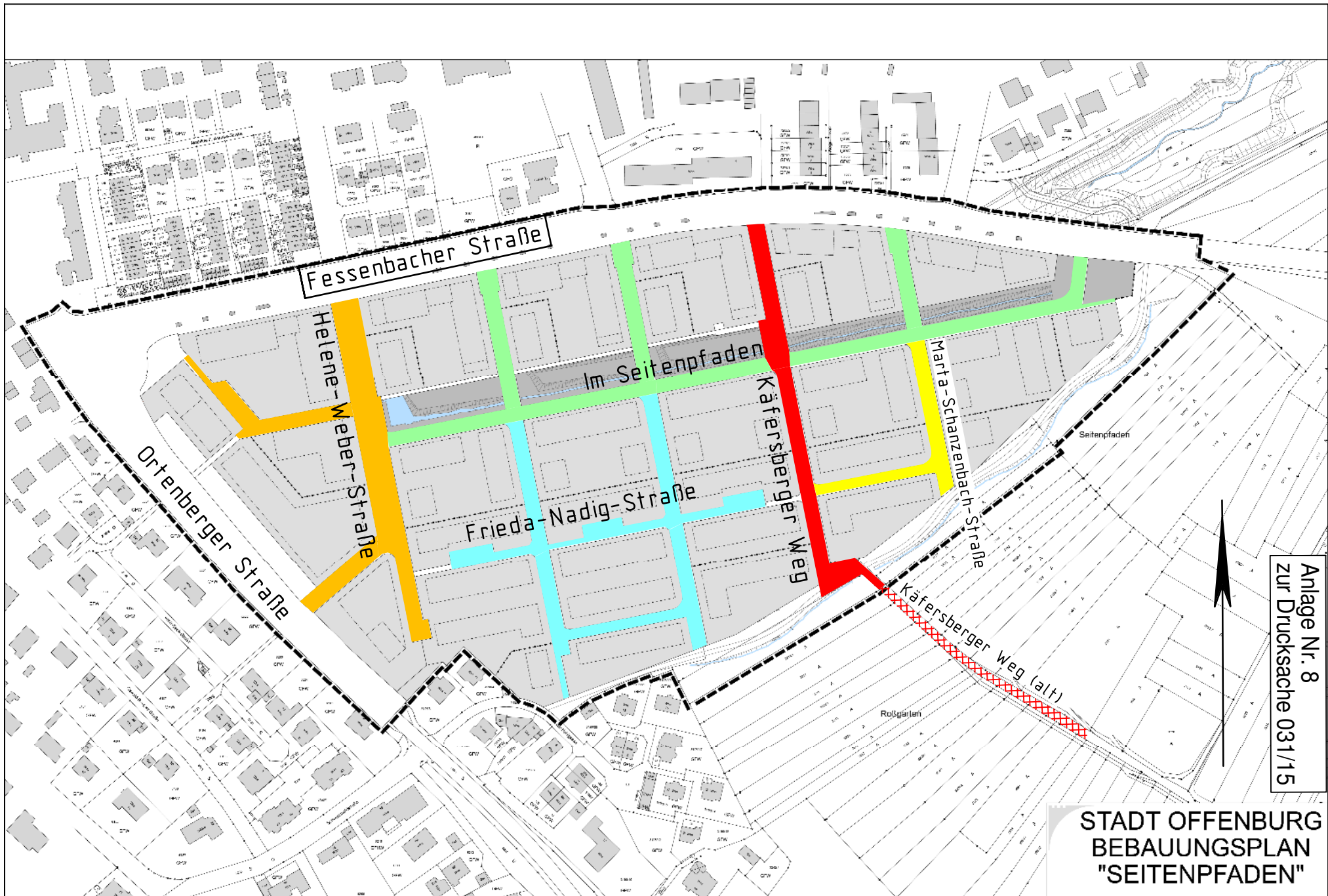
1867-1934

Maria Curie wurde 1867 als Marie Skłodowska in Warschau geboren und verließ im Alter von 24 Jahren ihre Heimatstadt, da Frauen dort nicht zum Studium zugelassen wurden. Sie zog nach Paris und begann Ende 1891 ein Studium der Physik und Mathematik an der Sorbonne. Dort lernte sie ihren zukünftigen Ehemann, den Physiker Pierre Curie kennen. Nach ihrem Examen 1897 bildete die Erforschung radioaktiver Substanzen den Schwerpunkt ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit. Marie Curie untersuchte zunächst die 1896 von Henri Becquerel beobachtete Strahlung von Uranverbindungen und prägte für diese das Wort „radioaktiv“. Im Rahmen ihrer Forschungen, für die sie 1903 einen anteiligen Nobelpreis für Physik und 1911 den Nobelpreis für Chemie erhielt, entdeckte sie gemeinsam mit ihrem Ehemann die chemischen Elemente *Polonium* und *Radium*.

Marie Curie ist bisher die einzige Frau unter den vier Mehrfach-Nobelpreisträgern und neben Linus Pauling die einzige Person, die Nobelpreise auf zwei unterschiedlichen Gebieten erhalten hat.

Nach dem Unfalltod Pierre Curies wurden ihr 1906 zunächst seine Lehrverpflichtungen übertragen. Zwei Jahre später erhielt sie schließlich den für ihn geschaffenen Lehrstuhl für Allgemeine Physik. Damit war sie die erste Frau und erste Professorin, die an der Sorbonne lehrte.

Während des Ersten Weltkrieges widmete sich Marie Curie als Radiologin der Behandlung verwundeter Soldaten. Sie entwickelte einen Röntgenwagen, der es ermöglichte, radiologische Untersuchungen in unmittelbarer Nähe der Front vorzunehmen, und beteiligte sich an der Qualifizierung der notwendigen Techniker und Krankenschwestern. Nach dem Krieg engagierte sie sich in der *Internationalen Kommission für Geistige Zusammenarbeit* des Völkerbundes für bessere Arbeitsbedingungen von Wissenschaftlern. An dem von ihr geleiteten Pariser Radium-Institut setzte sich Marie Curie außerdem für die Förderung von weiblichen und ausländischen Studierenden ein.



Anlage Nr. 8  
zur Drucksache 031/15

STADT OFFENBURG  
BEBAUUNGSPLAN  
"SEITENPFADEN"

Texte aus: <http://www.parlamentarischerrat.de/mitglieder>

**Frieda Nadig**  
**1897 (Herford) – 1970 (Bad Oeynhausen)**

Frieda (Friederike) Nadig wächst in einem sozialdemokratisch geprägten Elternhaus auf. Nach dem Besuch der Volksschule von 1912 - 1914 kaufmännische Lehre beim Konsum, danach dort acht Jahre als Verkäuferin tätig. Bereits früh engagiert sie sich politisch: 1913 Eintritt in die Sozialistische Arbeiterjugend, seit 1914 Mitgliedschaft in der Sozialistischen Angestelltengewerkschaft, Frühjahr 1916 Eintritt in den SPD-Ortsverein Herford. Seit Herbst 1920 Ausbildung an der Sozialen Frauenschule in Berlin-Schöneberg. Sommer 1922 Staatsexamen als Wohlfahrtspflegerin mit dem Schwerpunkt Jugendwohlfahrt. Im Anschluss beim Jugendamt Bielefeld als selbstständige Jugendfürsorgerin tätig. 1930 - 1933 Mitglied des Westfälischen Provinziallandtags.

Im Mai 1933 fristlose Entlassung aus dem Öffentlichen Dienst der Stadt Bielefeld aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Seit Anfang 1936 Gesundheitspflegerin beim Staatlichen Gesundheitsamt des Kreises Ahrweiler.

1946 - 1966 Geschäftsführerin der Arbeiterwohlfahrt Ostwestfalen (Bielefeld). Wesentlich beteiligt am Wiederaufbau des Bielefelder SPD-Ortsverbands und der SPD-Bezirksorganisation Ostwestfalen. 1946 - 1948 Mitglied des Zonenbeirats. 1947 - 1950 Mitglied des Nordrhein-Westfälischen Landtags. In beiden Institutionen ist ihr Schwerpunkt die Sozialpolitik. 1949 - 1961 Mitglied des Deutschen Bundestags, u.a. Mitglied im Ausschuss für Rechtswesen und Verfassungsrecht bzw. im Rechtsausschuss. Hier tritt sie vor allem für ein zeitgemäßes Familienrecht, die Gleichstellung unehelicher Kinder, Mutter- und Jugendschutz sowie den Ausbau der rechtlichen Grundlagen der Sozialordnung ein.

Im Sommer 1948 wird (Friederike) Frieda Nadig vom Nordrhein-Westfälischen Landtag in den Parlamentarischen Rat gewählt. Hier wirkt sie als Mitglied im Ausschuss für Grundsatzfragen. Ihre Aufmerksamkeit gilt in erster Linie verfassungspolitischen Fragen, die den Alltag eines jeden bestimmen. Sie setzt sich für Gleichberechtigung von Mann und Frau ein, insbesondere für die Lohngleichheit und die rechtliche Gleichstellung von unehelichen und ehelichen Kindern. Zudem zählt sie zu den aktivsten Befürwortern des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung.

**Helene Weber**  
**1881 (Elberfeld) - 1962 (Bonn)**

1900 - 1905 ist Helene Weber als Volksschullehrerin im konfessionellen Schuldienst tätig. Nach einem Hochschulstudium von 1909 - 1916 im Höheren Schuldienst in Bochum und Köln. Seit 1909 Tätigkeit in der Sozialarbeit. 1914 Gründerin der Kriegszentrale für Heimarbeit in Köln, 1916 Übernahme der Leitung der Sozialen Frauenschule, zunächst in Köln, später in Aachen. Mitbegründerin und Vorsitzende des Vereins Katholischer Sozialbeamtinnen, letzteres bis zum Lebensende. 1921 - 1930 Schriftleiterin der „Sozialen Berufsarbeit“. Als Mitglied der Zentrumsparterie für diese 1919 - 1920 in der Weimarer Nationalversammlung, 1921 - 1924 im Preußischen Landtag und 1924 - 1933 im Deutschen Reichstag, seit 1927 im

Vorstand der Reichstagsfraktion. Zahlreiche zusätzliche Verbands- und Parteifunktionen, u.a. seit 1925 Mitglied des Parteivorstands und Vorsitzende des Reichsfrauenbeirats der Zentrumspartei. Beruflich 1919 - 1932 im preußischen Wohlfahrtsministerium, ab 1920 als Ministerialrätin, 1932 - 1933 im preußischen Kultusministerium. Haupthandlungsfelder: Wohlfahrtspflege und Fürsorge, speziell im Bereich beruflicher Frauenbildung, Jugendwohlfahrt und Familie.

1933 stimmt sie trotz schwerer Bedenken mit der Fraktionsmehrheit im Reichstag für das „Ermächtigungsgesetz“, gleichwohl Entlassung aus dem Öffentlichen Dienst. Nach der Entlassung Konzentration auf den Bereich katholischer Verbandsarbeit, so u.a. als Vorsitzende des Berufsverbands katholischer Fürsorgerinnen (später Hedwigsbund). 1943 Umzug von Berlin nach Marburg an der Lahn.

Nach Kriegsende Übersiedlung nach Essen, dort Wiederausweitung der katholischen Verbandsarbeit, u.a. neben dem Vorsitz im Berufsverband katholischer Erzieherinnen im Katholischen Deutschen Frauenbund. Tritt der CDU bei. Mitbegründerin und Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Frauen der CDU/CSU. 1946 Mitglied des ersten ernannten Landtags von Nordrhein-Westfalen, ab 1947 des Zonenbeirats der britischen Zone. Helene Weber gilt in der nachfolgenden Bundesrepublik als „einflussreichste Frau der Union“: 1949 - 1962 Mitglied des Deutschen Bundestags, seit 1950 in der Beratenden Versammlung des Europarats, seit 1955 in der Versammlung der Westeuropäischen Union. 1950 - 1958 Vorstandsmitglied der Internationalen Liga der Katholischen Frauenverbände. Seit 1952 Vorsitzende im Kuratorium des Deutschen Müttergenesungswerks.

Die vom Nordrhein-Westfälischen Landtag in den Parlamentarischen Rat entsandte Abgeordnete Helene Weber ist die einzige Frau innerhalb der CDU/CSU-Fraktion. Mit Wilhelm Heile (DP) und Paul Löbe (SPD) zählt sie zu den drei Mitgliedern, die bereits der Weimarer Nationalversammlung angehört haben. Im Parlamentarischen Rat gehört sie als Schriftführerin dem Präsidium an. Wie schon 1919, so widmet sie sich auch nun als Mitglied des Ausschusses für Grundsatzfragen den Angelegenheiten der Kulturpolitik, der Ehe und Familie sowie der Gleichberechtigung der Geschlechter. Neben Adolf Süsterhenn (CDU) tritt sie in diesem Ausschuss als kulturpolitische Sprecherin der Union auf. So pflegt sie auch enge Kontakte zu den Vertretern der katholischen Kirche, wie z.B. zu Prälat Wilhelm Böhler, dem Beauftragten von Joseph Kardinal Frings, Erzbischof von Köln und Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz, beim Parlamentarischen Rat. Ihr Grundrechtsverständnis gründet sich auf die Prinzipien des christlichen Naturrechts. So tritt sie entschieden für die Verankerung des Elternrechts im Grundgesetz ein. In Fragen der Gleichberechtigung wird sie vom tradierten Bild einer patriarchalischen Familienstruktur bestimmt, so dass sie „bei Anerkennung der staatsbürgerlichen und der Lohnleichheit“ einer vollen Gleichstellung der Frau im Ehe- und Familienrecht mit Zurückhaltung begegnet. Dennoch unterstützt sie am Ende die von Elisabeth Selbert (SPD) beförderte Initiative auf weitergehende formale Gleichstellung der Geschlechter (Art. 3 Abs. II GG).

**Marta Schanzenbach geb. Lehmann  
1907 (Gengenbach) – 1997 (Offenburg)**

Marta Schanzenbach, geb. Lehmann stammt aus einem sozialdemokratischen Elternhaus; ältestes von sieben Kindern des Gengenbacher Ökonomieverwalters Hermann Lehmann. 1925 Eintritt in die SPD. Nach dem Besuch der Bürgerschule Verkäuferin beim Konsum. 1928 Mitglied der Arbeiterwohlfahrt (AWO). Nach Ausbildung zur Kinderpflegerin in Mannheim und Karlsruhe 1929 bis 1931 Ausbildung zur Fürsorgerin in Berlin an der Wohlfahrtsschule der AWO. Bis zu ihrer Entlassung durch die Nationalsozialisten 1933 Familien-Fürsorgerin beim Jugendamt Berlin-Prenzlauer Berg.

Nach ihrer Heirat mit Albert Schanzenbach 1933 blieb Marta Schanzenbach arbeitslos und kümmerte sich als Hausfrau um ihre Familie. 1939 erhielt sie eine Stelle als Fürsorgerin in Berlin, da die männlichen Mitarbeiter der Sozialämter zur Wehrmacht eingezogen wurden. 1942 Umzug mit ihren beiden Kindern nach Gengenbach und bis 1949 Fürsorgerin bei der Stadt Gengenbach. Seit Sommer 1944 wird ihr kriegsgefangener Mann in Russland vermisst; lässt ihn Ende der fünfziger Jahre für tot erklären.

1946-1976 Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Südbaden, 1948-1972 stellvertretende AWO-Bundvorsitzende.

Mitglied des Bundestages 1949–1972 und stellvertretende Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Familien- und Jugendfragen (vor 1953 Ausschuss für Jugendfürsorge) ; erste Frau im Präsidium der SPD an der Seite von Herbert Wehner, Helmut Schmidt und Willy Brandt; Mitarbeit am „Godesberger Programm“ der SPD; 1947 Mitbegründerin und 1958 - 1966 Vorsitzende des Bundesfrauenausschusses der SPD; 1949 -1972 stellvertretendes Mitglied im Sozialausschuss, 1949-1969 Mitglied des Kriegsopferausschusses; 1955-1972 stellvertretendes Mitglied im Verteidigungsausschuss.

1953–1959 Mitglied des Kreistags und Kreisrats für die SPD; Bezirks- u. stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt; Gengenbach.

1963: Großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland

1969: Großes Verdienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik Deutschland

1971: Marie-Juchacz-Plakette der Arbeiterwohlfahrt

1972: Großes Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband der Bundesrepublik Deutschland

1977: Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg

1996: Benennung des neu gebauten AWO-Seniorenzentrums in Offenburg nach ihr

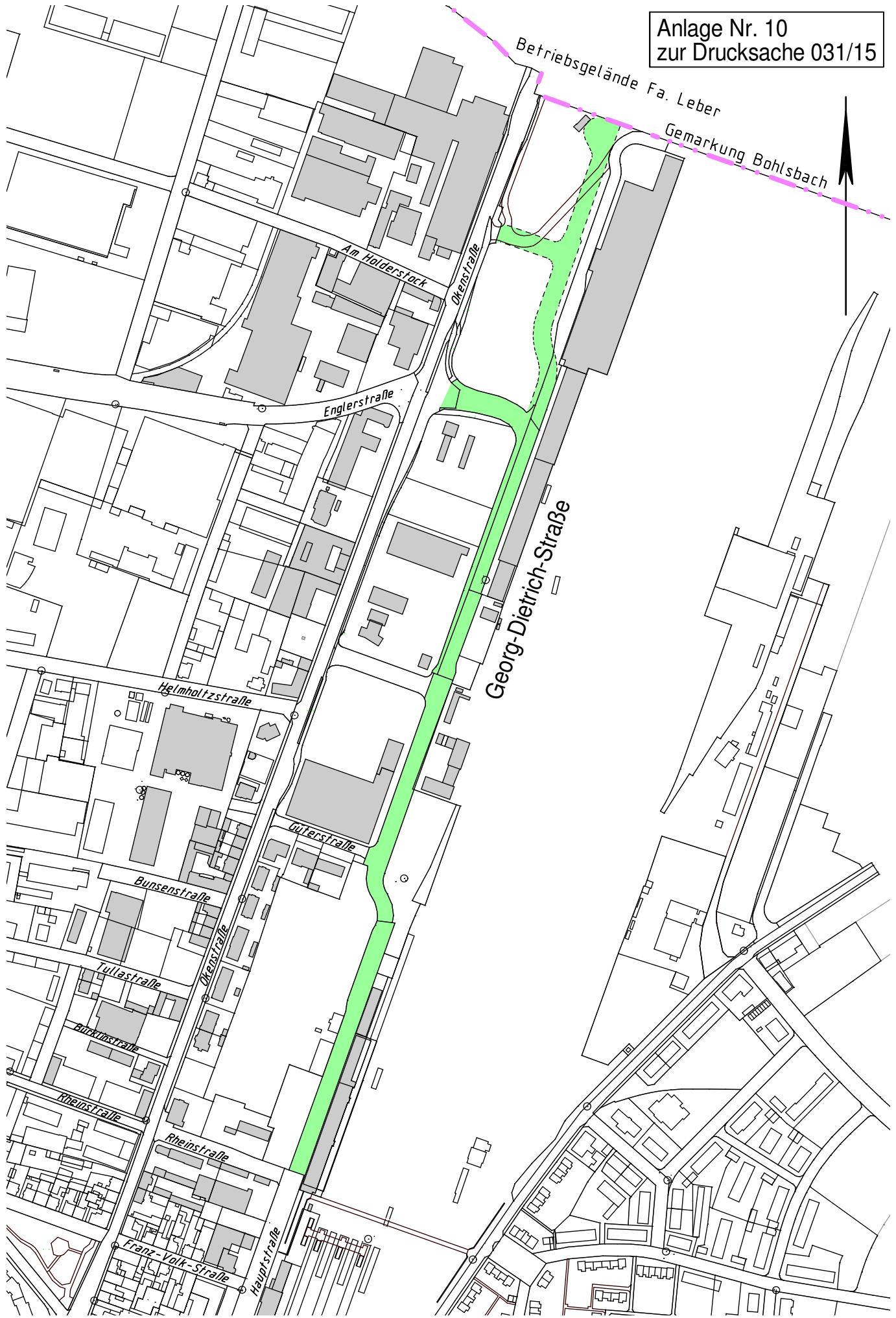
1997: Ernennung zur Ehrenbürgerin der Stadt Gengenbach



Anlage Nr. 10  
zur Drucksache 031/15

Betriebsgelände Fa. Leber

Gemarkung Bohlsbach



**Georg Dietrich**  
**1922 – 2013 (Griesheim/Offenburg-Bühl)**

Georg Dietrich war das älteste von fünf Kindern des Malermeisters Georg Dietrich und Walburga, geb. Feiler. 1927 Umzug nach Bühl. Zunächst Malerlehre im väterlichen Betrieb. Nach dem Tod des Vaters 1940 Einzug zum Reichsarbeitsdienst und danach zur Wehrmacht, Einsatz in Nordafrika, Russland und im Westen. 1944 Flucht als Franzose verkleidet auf einem Traktor. 1945 Gründung eines erfolgreichen Ein-Mann-Transportunternehmens. 1946 Heirat mit Maria Frey, zwei Töchter. 1957 Umzug des florierenden Betriebs nach Offenburg. 1960 Ausbau eines Netzes von Niederlassungen (u.a. Hamburg, Berlin, München, Paris). 1989 beschäftigt sein Betrieb „Dietrich International“ 900 Mitarbeiter und rund 250 Subunternehmer.

Neben seinen unternehmerischen Verdiensten großer Beitrag zur deutsch-polnischen Aussöhnung und Verständigung. 1981 Beginn seiner „zweiten Karriere“ mit dem Aufbau der „Weihnachtsbrücke“ nach Olsztyn mit Lebensmitteln, Medikamenten, medizinischen Geräten u.v.m., die auch auf Kaliningrad/Königsberg in Russland ausgeweitet wird. 1981 Besuch bei Lech Walesa. Engagement Georg Dietrichs ging in den Folgejahren über medizinische Hilfen hinaus; bedeutende Bildungs- und Sozialprojekte mit Hochschulen und Schulen. Förderer und Mitinitiator der 1999 besiegelten Städtepartnerschaft mit Olsztyn. 1998 Gründung der Georg und Maria-Dietrich-Stiftung, 2001 Gründungstifter der Offenburger Bürgerstiftung St. Andreas, 2008 Stiftung einer Professur für Logistik und Handel; großzügige Stiftungen im sozialen Bereich in seinem Heimatdorf Bühl und Förderung der Hochschule.

Zahlreiche Ehrenämter. Aufsichtsratsvorsitzender der Genossenschaft der Güterverkehrsunternehmer der Deutschen Bundesbahn, Präsident und Ehrenpräsident der IHK Südlicher Oberrhein

1982 Bürgermedaille der Stadt Offenburg 1998 Ehrenbürgerwürde von Olsztyn, 2002 Ehrendoktorwürde der Universität Olsztyn, 2006 Benennung der Gemeindehalle in Bühl nach Georg Dietrich, 2008 Ehrensensator der Hochschule Offenburg und 2011 Ehrenring der Stadt Offenburg für Georg und Maria Dietrich.